

von Heinrich Schwarz

Können sich die Südtiroler bald über höhere Löhne freuen oder bleibt es bei den Ankündigungen von Politik und Sozialpartnern? Landeshauptmann Arno Kompatscher hatte mit seinem Vorschlag, die IRAP-Steuererleichterung an die Zahlung von Löhnen zu knüpfen, die den Lebenshaltungskosten in Südtirol entsprechen (20 Prozent mehr als der nationale Kollektivvertrag vorsieht), große Erwartungen geweckt. Ob sich die Wirtschaftsverbände, die die Einmischung der Politik in sozialpartnerschaftliche Zuständigkeiten kritisierten, darauf einlassen, ist offen. Ob Kompatscher seinen Vorschlag notfalls auch bei Gegenwehr durchzieht, ist ebenso offen.

Die **Tageszeitung** hat Stefan Perini, Direktor des **Arbeitsförderungsinstitutes (AFI)**, um seine Einschätzungen zur Lohndebatte gebeten. Er schickt voraus, dass sich der Optimismus von Südtirols Arbeitnehmern hinsichtlich Lohnerhöhungen in Grenzen hält: Laut einer AFI-Umfrage von Anfang 2019 rechnen nur 18 Prozent der befragten Arbeitnehmer damit, dass ihr Verdienst bald aufge bessert wird. Für 71 Prozent wird es auf die persönlichen Verhandlungen mit dem Chef ankommen. Nur jeder Vierte ist davon überzeugt, dass Lohnerhöhungen über die Kollektivverhandlungen zustande kommen werden.

Stefan Perini hofft dennoch, dass 2020 der Durchbruch gelingt. Das Land als größter Arbeitgeber, größter Auftraggeber und Gestalter der Wirtschaftspolitik könne einiges tun. „Das Land kann die Lohnsituation von 42.000 öffentlich Bediensteten und deren Familien direkt beeinflussen. Die Privatwirtschaft müsste ihrerseits mit Lohnanpassungen nachziehen, um attraktiv zu bleiben. Ein Argument, das zu wenig ins Feld geführt wurde, ist, dass die Hälfte der Belegschaft bis 2030 in Pension gehen wird, womit sich für den Landeshaushalt deutliche Einsparungen ergeben, falls nicht 1 zu 1



Geld in der Tasche:
Gehälter in Südtirol entsprechen nicht den deutlich höheren Lebenshaltungskosten

Foto: Symbolfoto (© 123RF.com)

„In der Bringschuld“

Kommen die **Lohnerhöhungen** für die **Südtiroler** zustande oder nicht? **AFI-Direktor Stefan Perini** über den Einfluss des Landes, Arno Kompatschers Schachzug und die Bewährungsprobe für die Sozialpartner.

nachbesetzt wird. Die Tendenz wird durch die Pensionsregelung Quote 100 noch weiter verstärkt“, meint Perini.

Zudem könne die Zahlung des „Südtirol-Lohnes“ bei öffentlichen Ausschreibungen als Zugangsbedingung dienen. „Dies schirmt – durchaus konform mit der EU-Gesetzgebung – den heimischen Markt vor unlauterer Konkurrenz ab. In Bremen funktioniert es bereits so“, erklärt der AFI-Direktor.

Und schließlich könne das Land steuerlich eingreifen: durch die IRAP-Reduzierung nur für gute Lohnzahler. Hinsichtlich Südtirol-Lohn wäre die Wunschvorstellung ein „Pakt für Südtirol“ zwischen Sozialpartnern und Politik, indem sich die Wirtschaftsverbände verpflichten,

die territorialen Abkommen ihrer Branchen dahingehend anzupassen, dass die Grundlöhne mindestens 20 Prozent über dem entsprechenden nationalen Kollektivvertrag liegen. Alle Unternehmen, die diese Territorialabkommen oder alternativ ein gleichlautendes Betriebsabkommen anwenden, sollen in den Genuss der niedrigeren IRAP kommen – alle anderen sollen eine höhere Steuer zahlen. Lohndumping wird demnach steuerlich nicht mehr belohnt.

„Zu diesem Zweck wird beim Arbeitsinspektorat eine Hinterlegungspflicht für territoriale und betriebliche Abkommen eingeführt“, erklärt Stefan Perini die Idee.

Er erwartet im Falle höherer Löhne eine mittelfristige Entlastung des Landeshaushaltes. „Das würde

neue Spielräume für strategische Vorhaben in öffentlichem Interesse schaffen. Damit ist jenen die Antwort gegeben, die einerseits unverschämte Löhne zahlen und dann beanstanden, dass im Landeshaushalt die laufenden Kosten und Sozialbudgets überborden“, betont Perini.

Ihm ist allerdings bewusst, dass die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mit dem Vorschlag nur zum Teil einverstanden sind. Die Sozialpartner haben sich dem Landeshauptmann gegenüber verpflichtet, innerhalb 20. September

Zudem könne die Zahlung des „Südtirol-Lohnes“ bei öffentlichen Ausschreibungen als Zugangsbedingung dienen.

einen eigenen Vorschlag auszuarbeiten. „Warten wir mal ab, wie der Vorschlag aussehen wird“, bleibt Perini vorsichtig optimistisch.

Arno Kompatscher habe sich jedenfalls geschickt angestellt, meint der AFI-Direktor: „Er hat den Spieß umgedreht. Als er seinen Lohn-Vorschlag lancierte, sagten die Sozialpartner, die Politik habe in ihrem Hoheitsgebiet nichts zu suchen und solle sich nicht einmischen. Also sagte der LH: Dann bringt ihr einen Vorschlag! Die Sozialpartner stehen jetzt in der Bringschuld und müssen sich beweisen, dass sie etwas auf die Reihe kriegen. Ich hoffe, dass der Elefant nicht eine Maus gebärt.“



Stefan Perini

6 **Tagesschau** **Wirtschaft**

Der Wasserstoff-Traum

Die deutsche Regierung plant, bis 2030 ein Tera- und 20 Milliarden Euro in Wasserstoffprojekte zu investieren. Das ist ein riesiger Betrag, der die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren stark verändern wird.



Das plant Südkorea

Südkorea plant, bis 2030 ein Tera- und 20 Milliarden Euro in Wasserstoffprojekte zu investieren. Das ist ein riesiger Betrag, der die südkoreanische Wirtschaft in den kommenden Jahren stark verändern wird.



7 **Tagesschau** **Wirtschaft**



„In der Bringschuld“

Die deutsche Regierung plant, bis 2030 ein Tera- und 20 Milliarden Euro in Wasserstoffprojekte zu investieren. Das ist ein riesiger Betrag, der die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren stark verändern wird.



Die Unwetter-Gelder

Die deutsche Regierung plant, bis 2030 ein Tera- und 20 Milliarden Euro in Wasserstoffprojekte zu investieren. Das ist ein riesiger Betrag, der die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren stark verändern wird.

